GRÜNE JUGEND Bayern

EU-Terrorliste überarbeiten

Die Europäische Union soll trotz oder gerade wegen des Drucks von der türkischen Regierung mit sofortiger Wirkung nicht mehr die PKK als Terrororganisation einstufen. Zudem sollen die Behörden der BRD die PKK nicht mehr strafrechtlich verfolgen.

Die GRÜNE JUGEND Bayern spricht sich prinzipiell gegen Terrorlisten als politische Mittel aus, um Organisationen so auf Dauer ohne konkrete Terrorgefahr zu brandmarken. Wir fordern stattdessen einen konstanten an der aktuellen politischen Situation angepassten Umgang mit Organisationen, die in ihren Grundsätzen mindestens teilweise der politischen Gewaltfreiheit widersprechen, ohne diese dauerhaft als Terrorist*innen zu verurteilen.

Außerdem sollen die EU und die BRD das unter Selbstverwaltung stehende Rojava als autonome Region und als politischen Partner anerkennen. Mit der Regierung Rojavas soll nicht nur eine strategische Kooperation im Kampf gegen sunnitisch-islamistische Terrorist*innen, sondern auch eine politische Kooperation eingegangen werden, dafür sind diplomatische Beziehungen aufzunehmen.

Beschlossen durch den 2. Landesrat 2016 der GRÜNEN JUGEND Bayern vom 16.-17.07.2016 in Rödental-Mönchröden